

Zurück auf Feld null

Innert weniger Tage ist die Beziehung zwischen der US-Regierung und der Ukraine auf einen neuen Tiefpunkt gesunken.

Remo Hess, Brüssel

«Die Pause ist vorbei. Wir sind fertig damit», sagte Wolodimir Selenski am Donnerstag der «Financial Times». Er kündigte an, die Angriffe auf russische Ölraffinerien wieder aufzunehmen. Tags zuvor hatte der ukrainische Präsident schon gegenüber dem britischen TV-Moderator Piers Morgan erklärt, er fühle sich von US-Präsident Donald Trump «verraten».

Grund ist der von Trump mit dem russischen Machthaber Wladimir Putin abgeschlossene Deal über den Kauf von mehreren hunderttausend Tonnen russischem Diesel. Selenski ist frustriert über Trump. Und er lässt es alle wissen, die ihn danach fragen.

Die ukrainisch-amerikanische Beziehung steckt damit in ihrer grössten Krise seit dem «Oval-Office-Desaster» vom vergangenen Jahr. Damals brach bei einem Besuch in Washington vor laufenden TV-Kameras ein wüster Streit zwischen Selenski und Trump aus. Die US-Unterstützung der Ukraine hing in den folgenden Monaten am seidenen Faden.

Wenn Selenski nun heute Freitag zum Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel eintrifft, werden diese versuchen, eine weitere Eskalation mit Trump zu verhindern. Ihre Sorge: Gerade könnte etwas zerbrechen, das Europa nicht ersetzen kann – die amerikanische Unterstützung für die Ukraine.

Rhetorischer Schlagabtausch

Doch wie konnte es so weit kommen? Den Anfang nahm



Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski meldet sich per Videoschalte am Sicherheitsforum in Warschau.

Bild: Attila Husejnow

das Drama am vergangenen Freitag in einem Golfklub in Miami. Trumps Sondergesandte Steve Witkoff und Jared Kushner empfingen dort eine ukrainische Verhandlungsdelegation zusammen mit europäischen Vertretern. Ursprüngliches Ziel war es, die eingeschlafenen Friedensverhandlungen wiederzubeleben. Schnell wurde allerdings klar, dass die Amerikaner andere Pläne hatten. Sie eröffneten den verblüfften Gästen, dass die USA wieder russischen Diesel kaufen würden.

Gleichzeitig verlangten sie von den Ukrainern, ihre Angriffe auf die russischen Raffinerien einzustellen. Als Gegenleis-

tung boten sie an: nichts. Vielmehr verwiesen sie auf die US-Geheimdiensthilfe, was die ukrainischen Teilnehmer laut «New York Times» als versteckte Drohung verstanden. Dann fing die Eskalationsspirale an, sich zu drehen.

Noch am selben Tag reagierte Selenski mit scharfen Worten auf den Diesel-Deal und nannte ihn eine «schwache» Entscheidung des US-Präsidenten. Offenbar zu viel für Trump, der am Samstag konterte und die Absetzung Selenskis und Neuwahlen in der Ukraine forderte. Zugleich verkündete er eine «Feuerpause» auf alle Energieanlagen, die «ab sofort» in Kraft trete.

Für die Russen galt diese aber anscheinend nicht. Jedenfalls unterliess es Trump am Montag, Putin zu kritisieren, als dieser in der Nacht erneut ukrainische Gaskraftwerke unter Beschuss nahm.

Besonders brisant: Laut Selenski erhielt das ukrainische Militär diesmal keine oder zu späte Warnungen von den USA über die anfliegenden Raketen. Gleichzeitig wurde die militärische Variante des Satellitenkommunikationssystems Starlink gedrosselt, was die ukrainische Armee vor grosse Herausforderungen stellte.

Für Selenski war damit die Schmerzgrenze erreicht. In der

Nacht auf Donnerstag nahm er die Angriffe auf russische Raffinerien wieder auf und setzte im Interview mit der «Financial Times» zum rhetorischen Gegenschlag an.

Keine Alternative zu den Amerikanern

In Europa haben viele Verständnis für Selenskis Wut. Zu Beginn des Brüsseler Gipfeltreffens stellten sich die EU-Staats- und Regierungschefs demonstrativ hinter Selenski. Allen voran der deutsche Kanzler Friedrich Merz. Doch hinter den Solidaritätsbekundungen versteckt sich auch eine nüchterne Angst: Sollte es zum endgültigen Bruch

zwischen Selenski und Trump kommen, kann Europa einen amerikanischen Rückzug nicht auffangen.

Eine europäische Alternative zu Starlink ist kurzfristig nicht verfügbar. Existierende Kapazitäten, etwa des europäischen Betreibers Eutelsat, sind für die ukrainischen Bedürfnisse auf dem Schlachtfeld nicht ausreichend. Auch bei der Raketenfrühwarnung verfügt Europa nicht über die umfassende Satellitenaufklärung der USA.

Das zweite grosse Problem ist das Geld: Laut europäischen Schätzungen wird sich bei der Ukraine-Hilfe im kommenden Jahr eine Finanzierungslücke von mehreren Dutzend Milliarden Euro auftun. Wie dieses Loch gestopft werden kann, weiss angesichts der leeren Kassen der europäischen Staatshaushalte niemand. Damit rücken die eingefrorenen russischen Staatsgelder erneut ins Zentrum. In der EU liegen rund 210 Milliarden Euro der russischen Zentralbank fest, etwa 185 Milliarden davon beim Brüsseler Finanzdienstleister Euroclear.

Im Zuge der Verhandlungsrunde in Miami aber einen Teil der russischen Vermögen freizugeben und in ein von den USA kontrolliertes Finanzvehikel zu übertragen: Etwas, was die Europäer schon in der Vergangenheit ablehnten und auch weiterhin vehement zurückweisen. Es war Bundeskanzler Merz, der am Donnerstag klar machte, wo für die Europäer hier die rote Linie verläuft: «Das ist unsere Angelegenheit und darüber entscheiden wir.»

Analyse zu Trumps Abkehr von der Ukraine

Putins Mann in Washington

Gerüchte gab es schon länger, beweisen liessen sie sich nie. Und inzwischen ist auch klar: Es spielt keine Rolle, ob Donald Trump offiziell auf der Gehaltsliste der russischen Dienste steht oder immer noch aus freien Stücken handelt. Seine Politik folgt einem Muster, das direkt aus dem Kreml übernommen wird und einem russischen Agenten ebenbürtig ist. Die letzten Tage haben dies in einer schier unerträglichen Deutlichkeit gezeigt.

Der Besuch seiner Gesandten Witkoff und Kushner Anfang September in Moskau und Kiew – weitherum als diplomatische Initiative angepriesen, die doch endlich wieder Schwung in die verhärteten Verhandlungen bringen solle – war dabei nur das Vorspiel, um einen Deal zwischen Russland und den USA einzufädeln. Die Ukraine wurde dabei nicht zum ersten Mal zum Objekt gemacht, das lediglich noch

Anweisungen entgegennehmen darf.

So war denn auch die Ankündigung Trumps, dass er russischen Diesel kaufen wolle, keine eigentliche Überraschung mehr. Obwohl noch nicht einmal klar ist, ob Russland die Mengen auch liefern kann: Die politische Botschaft, dass Washington sich inzwischen schamlos über die europäischen Verbündeten hinwegsetzt, ist das eigentliche Zeichen an Moskau. Trump hat damit seine Loyalität bei Putin in aller Unmissverständlichkeit bekräftigt.

Auch beim vermeintlichen Energiewaffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine ging es Trump nicht um den Schutz der massiv angegriffenen Zivilbevölkerung. Dass Kiew nun nach drei Tagen die Raffinerien wieder ins Visier nimmt, ist die späte Einsicht Selenskis, dass er einmal

mehr vom unzuverlässigen Partner über den Tisch gezogen worden ist. Putin hatte in den vergangenen Tagen die Attacken unvermindert weitergeführt, was Trump keiner Erwähnung würdig war.

Der traurige Höhepunkt amerikanischer Unterwürfigkeit folgt nun mit der Aussetzung der nachrichtendienstlichen Informationsversorgung. War die Zivilbevölkerung, insbesondere in Kiew, schon seit Wochen massiven Angriffen ausgesetzt, kann sie nun nicht einmal mehr rechtzeitig Schutz suchen. Gleichzeitig drosselt Starlink die Geschwindigkeit und bremst ukrainische Drohnen aus, was nur noch unrühmlicher Gipfel eines inzwischen ruchlos agierenden amerikanischen Präsidenten ist.

Dass es Trump dabei um den Sieg bei den Midterm-Wahlen Anfangs November geht, ist jedoch nur der offensichtliche und vordergründige Anlass.

Vielmehr hat Trump mit Putin einen Verbündeten gefunden, der ihm hilft, seine eigenen Taschen zu füllen. Zahlreiche Untersuchungen haben in den letzten Monaten belegt, wie sehr der amerikanische Präsident von seinen politischen «Deals» auch finanziell profitiert. Dafür ist er bereit, ukrainische Menschenleben zu opfern.

Selenski hat am Donnerstag in ungewohnt deutlichen Worten dieses Verhalten kritisiert und sich öffentlich von Trump abgewendet. Allerdings ist dies eher die Einsicht, dass von Washington nun wirklich nichts mehr zu erwarten sei, könnte man doch glatt so gut bei Putin nach einem Waffenstillstand ersuchen. Seine Antwort würde nicht viel anders ausfallen als die von Trump.

Erschreckend still geblieben ist es in Europa. Vereinzelt gab es Unterstützungsbekundungen, etwa vom britischen

Premier Andy Burnham oder dem polnischen Amtskollegen Donald Tusk. Aber die alten Hauptstädte und ihre Anführer in Berlin oder Paris scheinen noch immer der verflochtenen Liebe in den USA nachzuhängen, anstatt sich der neuen Realität zu stellen. Die Angst, bei einer Abkehr von Washington dessen Rache zu spüren, sitzt den Regierungen noch zu sehr im Nacken.

Dabei war die Gelegenheit noch nie so gut, um sich endlich von der irrlichternden und rücksichtslosen Politik Trumps zu distanzieren. Dieser hat Europa längst aufgegeben, wie auch die Ukraine seinen Rückhalt verloren hat. Die einzige Antwort, die es darauf geben kann, ist ein starkes Europa, welches nun geschlossen auftritt. Ein Europa auch, das die USA ihrem eigenen Schicksal überlässt.

Die nächsten Wochen werden weisen, inwiefern es dem

alten Kontinent gelingt, eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen, die Russland vor einer weiteren Eskalation abhält. Der Nato-Kommandeur für Europa hat dies Anfangs Woche in Warschau sehr deutlich skizziert: Putin muss sich bewusst sein, dass ein Angriff auf westliche Länder einen sehr hohen Preis haben würde. Ob die markigen Worte des Generals auch verstanden und geglaubt werden, ist jedoch keine militärische, sondern eine politische Frage.



Marcel Hirsiger ist Dozent und Osteuropa-Experte an der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie Senior Fellow am Swiss Institute for Global Affairs.